



Freiburg – Stadt für Alle?!

Ist Wohnen ein Menschenrecht?

„Wohnen ist Menschenrecht“ ist nicht nur der Name eines Vereins, der sich 2006 mit einem Bürgerentscheid erfolgreich gegen den Verkauf der Freiburger Stadtbau gewehrt hat, sondern auch eine oft genutzte Parole. Doch wie ist es um das Menschenrecht auf Wohnen bestellt?

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen (...)“ Art. 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN 1948).

Darüber hinaus wurden die Menschenrechte in der "Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" als UN-Sozialpakt im Jahre 1966 konkretisiert. Das Menschenrecht auf Wohnen ist demzufolge mehr als nur ein Recht auf ein 'Dach über dem Kopf'. Es beinhaltet die *"rechtliche Sicherheit, die prinzipielle Verfügbarkeit und den offenen, diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum sowie bestimmte Bedingungen an Wohnqualität und Lage"*.

Dieses Recht besteht natürlich auch, "wenn die individuellen finanziellen Mittel für den Erwerb und/oder Unterhalt nicht ausreichen", also die Versorgung über den Markt aus eigener Kraft nicht möglich ist, so die Bewertung aus dem Nürnberger Menschenrechtszentrum. Das schlägt sich in drei Verpflichtungsdimensionen (Respektierungspflicht, Schutzpflicht, Gewährleistungspflicht) nieder.

Recht ist ein umkämpftes Feld

Jedoch Recht ist ein umkämpftes Feld und muss sich immer wieder aktiv genommen werden. So wurde nach langen sozialen Auseinandersetzungen von Obdachlosen (Bewegung Les Enfants de Don Quichotte) mit Platzbesetzungen in Frankreich das Recht auf Wohnen 2007 in die Verfassung aufgenommen. Aber als die ersten versuchten ihr Recht auf eine Sozialwohnung vor Gericht einzuklagen, wurden sie von einem massiven Aufgebot der Polizei empfangen und behindert. Die Rechtswirklichkeit hinkt wie so oft der Gesetzgebung noch hinterher.

„Nimmt man [die Menschenrechte] ernst, dann verweisen sie auf ein Gesellschaftsmodell, das die bestehenden Verhältnisse radikal in Frage stellt.“ (medico International)

Das Recht auf Stadt, also das Recht auf den Nichtausschluss von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft, hat Parallelen zu den Menschenrechten. Es geht um die Nicht-Diskriminierung (Nicht-

„RECHT - AUF - STADT“ - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Und immer aktuelles: www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 10.01. **„Recht auf Stadt“ - Treffen Spezial** (zum 1. Mai 2014) | 20 Uhr Strandcafé (Adlerstr. 12)

- 31.01. | **Ein sozialer, ökologischer und demokratischer Stadtteil von Unten** | 20 Uhr (siehe Homepage)

Exklusion) und den Aufbau einer Gesellschaft, die nicht auf Ausgrenzung und Ungleichheiten zielt.

Dabei ist das RECHT auf Stadt kein juristisches, es verlässt sich auch nicht auf die Justiz. Es ist das Recht auf Selbstermächtigung und -organisation.

Es ist das Recht *„auf Zentralität, als den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens; und das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht [...] Es beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Das Recht auf die Stadt orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen“* (Andrej Holm).

Selbstorganisiert die Polizeiakademie neugestalten

Den „Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade“ wollen wir mit der Veranstaltung am 31. Januar einfordern und den Fokus auf das Gelände um die Polizeiakademie, die in den nächsten Jahren schließen wird, legen. Das Land hat angekündigt Grundstücke verbilligt an soziale Wohnprojekte abgeben zu wollen. Wir haben schon mehrmals darüber berichtet – wir sind der Meinung, dass hier ein sozialer, ökologischer und demokratischer Stadtteil von Unten entstehen soll. Also ein Quartier, in dem verschiedenen Bedürfnisse (Wohnen, Arbeit, politische Projekte...) verschiedener sozialer Gruppen zusammen kommen, realisiert durch die Bereitstellung dauerhaft gebundenen Wohnraums und durch ein gemeinsam von Unten entwickeltes Konzept. Um dieses Konzept mit möglichst vielen verschiedenen Menschen zu entwickeln und auch um den nötigen Druck aufzubauen, um unsere Utopie Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es zahlreiche Leute, die Lust haben, sich einzubringen. Kommen wir zusammen und fangen an!

ALIBIVERANSTALTUNG:

FREIBURGER BÜNDNIS WOHNEN

In Freiburg hat sich im Anschluss an die Verabschiedung des Handlungsprogramm Wohnen ein sogenanntes Bündnis für Wohnen gegründet. Vereint sind die Gemeinderatsfraktionen, außer UL und GAF, und daneben u.a. Akteure wie die Vereinigung Freiburger Sozialarbeit, die sonst z.B. das Luxusprojekt Green City Hotel betreibt, die Arbeiterwohlfahrt, mitverantwortlich für den Abriss und die Verdrängung sogenannter KleinrentnerInnen in der vorher preisgünstigen Johann-Sebastian-Bach-Straße, Mietspiegeltreiber Ralf Klausmann von der FSB, Mister „Freiburg ist so teuer, weil es attraktiv ist, sorry das ist eben Marktwirtschaft“ Oberbürgermeister Dieter Salomon, der Bauverein Breisgau – verantwortlich für den Abriss günstigen Wohnraums im Klinikvierte - usw., usw.. Warum der AStA der Freiburger Uni in dieser Liste auch auftaucht, wird er hoffentlich noch erklären. Was es wirklich braucht, ist eine Bewegung von unten, die sich fernab dieser ganzen Akteure für eine solidarische Stadt organisiert.

BLOC SALT GERÄUMT

Nachdem der Europäische Menschenrechtsgerichtshof die Räumung im Oktober noch gestoppt hatte, ist nun der bestzte Wohnblock Bloc Salt in Katalonien doch geräumt worden. Eine Blitzaktion und Polizeiketten verhinderten, dass UnterstützerInnen die Räumung behindern konnten. Geräumt wurden 14 Familien. Sie alle waren schon einmal aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt worden und hatten als Reaktion gemeinsam den Wohnblock besetzt. Die Plattform der Hypothekengeschädigten, die weiteren Widerstand ankündigte, kommentierte die Räumung wie folgt: „Nur eine kranke Gesellschaft lässt zu, dass tausende Familien zwangsgeräumt werden in dem Land, das die meisten leerstehenden Häuser hat.“

WIRKSAMES SOLIDARITÄTSNETZ IN CORDOBA

Auch im südspanischen Andalusien besteht eine Gruppe „Schluss mit Zwangs-räumungen“. Im November konnte sie stolz verkünden, dass bis jetzt niemand, der bei ihnen Beistand gesucht hatte, aus dem Haus geworfen wurde. Auch ein selbstverwaltetes Netz gegenseitiger Hilfe wurde ins Leben gerufen. Unterstützt durch die SAT, die andalusische LandarbeiterInnen-gewerkschaft wurde z.B. eine Tafel für Menschen geschaffen, die sich die

Lebensmittel nicht mehr leisten können. Das Gemüse kommt u.a. von der besetzten Finca Somonte. Die SAT beschlagnahmte auch bereits mehrfach Grundnahrungsmittel in Supermärkten um sie anschließend an Bedürftige zu verteilen.

KONFLIKT UM ESSO-HÄUSER AUF ST. PAULI

Die von Abriss bedrohten Esso-Häuser in Hamburg St. Pauli wurden von der Polizei „vorübergehend“ zwangsgeräumt. Grund waren von MieterInnen gemeldete Erschütterungen in einem der Wohngebäude. Der Zustand der Häuser ist Ergebnis einer jahrzenterlangen Vernachlässigung durch die Eigentümer. Gefordert wird nun seitens der Esso-Häuser-Initiative eine Enteignung der Bayerischen Hausbau und eine genossenschaftliche Lösung. Jahrzehntlang Bausubstanz verfallen lassen? Genau das wird jetzt wohl auch im Freiburger Quartier Metzgergrün passieren.

BUNDESWEITE DEMO FÜR ROTE FLORA, LAMPEDUSA IN HAMBURG UND DEN ERHALT DER ESSO-HÄUSER

Für die Demo in Hamburg mobilisiert auch das Hamburger Bündnis Mietwahnsinn stoppen. Im Aufruf heißt es: „*Das Recht auf Stadt ist nur dann etwas wert, wenn es für alle Menschen gilt. Recht auf Stadt bedeutet, dass alle Menschen ausnahmslos entscheiden können, wo und wie sie leben möchten – in welchem Viertel, welcher Stadt, in welchem Land und auf welchem Kontinent.*

Wir wollen niemanden in das bestehende System ‚integrieren‘, wir wollen auch keine Menschen an unserer Seite ‚(er)dulden‘; wir wollen sie in unserer Mitte willkommen heißen und mit ihnen auf Augenhöhe gemeinsam entscheiden, wie wir zusammen leben wollen.“

FREIBURG LEBENSWERT WILL KEIN LEBENSWERTES FREIBURG FÜR ALLE!

Die neu gegründete Liste Freiburg Lebenswert, die schon mit der Forderung von sich reden gemacht hatte, den Anstieg der Einwohnerzahl auf ein "gesundes Maß" zu reduzieren, möchte kein lebenswertes Freiburg für Alle. Ein Antrag, der die Einführung des Zusatzes „lebenswert für alle“ gefordert hatte, wurde in einer Satzungsdebatte entschieden abgelehnt. Der Vorschlag, eine Formulierung im Sinne von Nachhaltigkeit für Freiburg in die Satzung aufzunehmen, wurde auch verworfen. Dafür bedient man sich der Extremismuskonzeption und schließt nicht nur NPD-, sondern auch DKP-Mitglieder aus.

EINE STADT FÜR ALLE KANN ES NICHT GEBEN...

meint der Stadtsoziologe Andrej Holm in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung. Die Stadt für alle könne es gar nicht geben, weil Stadt immer umkämpfter Raum sei. Gentrifizierung, erklärt er, sei in den meisten Fällen staatlich initiiert. In festgelegten Sanierungsgebieten gebe es über steuerliche Vorteile Anschubfinanzierung für private Investitionen, die in ihrer sozialen Dimension dann aber gar nicht mehr kontrollierbar seien. Als Erinnerung an die marktgläubigen Freiburger Grünen heißt es bei Holm weiter:

„Wenn ich den Markt spielen lasse, dann produziert er soziale Ungerechtigkeiten.“

Wir meinen also: Weg vom Markt. Und als Replik an Holm: Gemeinsam für eine Stadt für Alle! Eine Stadt für Alle diejenigen, die mit ihrem Lebensstil, wirtschaftlichen und politischen Handeln einer Stadt für Alle nicht selbst im Weg stehen.

LUXUSBAUWEISE DER FREIBURGER STADTBAU KOMMT NICHT AN

Berichten zufolge hat die Freiburger Stadtbau (FSB) momentan große Probleme, die Eigentumswohnungen zu verkaufen, die an das (von FSB MieterInnen finanzierte) Luxusprojekt Green City Hotel in der Vauban angrenzen. Sie sind selbst für Vaubanklientel einfach zu teuer. Jetzt gibt es Überlegungen, die Wohnungen in das Hotel zu integrieren: Wohnraum zu Hotelfläche. Den aktuellen Leerstand finanzieren die MieterInnen der FSB. Wie wär's mit der Konzentration auf die Schaffung von günstigem Wohnraum?

FREIBURG: INS GEFÄNGNIS FÜR DIE SUCHE NACH VERWERTBAREN AUF DEM RECYCLINGHOF?

Die Stadt Freiburg kriminalisiert Flüchtlinge, die vor den Recyclinghöfen nach Verwertbaren ausschau halten. So bekamen im letzten Jahr mehrere Flüchtlinge, die aus dem Balkan gekommen waren, Verfügungen, dass sie sich nicht mehr auf dem Recyclinghof aufhalten dürften. Sie sollen gegen die Straßenverkehrsordnung und teilweise gegen spezifische Bettelverbote verstoßen haben. In einigen Fällen beliefen sich die erlassenen Zwangsgelder auf über 500€. Wenn sie den Betrag nicht zahlen können, was bei den systematisch ökonomisch benachteiligten Flüchtlingen leicht passieren kann, müssen sie ersatzweise die Haft antreten.

Weiterführende Links zu den Meldungen findet ihr wie immer auf der Homepage